

Gesamtwirtschaftliche Effekte der Konjunkturbelebungsmaßnahmen

Auch Österreich ist von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen, wenngleich etwas weniger stark als der Durchschnitt der Länder im Euro-Raum. Im Gleichklang mit den internationalen Bemühungen zur Stützung der Nachfrage beschloss die österreichische Bundesregierung neben Maßnahmen zur Stabilisierung des Bankensektors umfangreiche Pakete zur Abfederung des Konjunktureinbruchs, die nun schrittweise umgesetzt werden.

Die Maßnahmen umfassen die Konjunkturpakete I und II sowie die von 2010 auf 2009 vorgezogene Steuerreform und können vereinfacht den folgenden Kategorien zugeordnet werden:

- Ausweitung der Infrastrukturinvestitionen (kumuliert 2009 und 2010: 1.435 Mio. €),
- Senkung der Finanzierungskosten der Unternehmen (2.080 Mio. €),
- Erhöhung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (5.953 Mio. €),
- Erhöhung des öffentlichen Konsums und der Subventionen (370 Mio. €).

Zusammen machen die beiden Konjunkturpakete und die Steuerreform 3,5% des nominellen BIP von 2008 aus (davon vorgezogene Steuerreform 2,1% des BIP von 2008). Einschließlich der Maßnahmen der Bundesländer, die jene des Bundes um eigene Konjunkturpakete ergänzen, wenden die öffentlichen Haushalte in Österreich zur Konjunkturstabilisierung 4,2% des BIP von 2008 auf. Damit zählt Österreich zu jenen Ländern, die relativ zur Wirtschaftsleistung einen umfangreichen Konjunkturimpuls setzen.

Modellberechnungen zeigen, dass der konjunkturbedingte Wachstumseinbruch in Österreich in den Jahren 2009 und 2010 kumuliert um 2,1% des realen BIP gedämpft wird. Knapp die Hälfte dieses Impulses entsteht durch die auf der Bundesebene implementierten Konjunkturpakete und die Steuerreform, 0,4 Prozentpunkte durch die Maßnahmen der Bundesländer. 0,8 Prozentpunkte sind auf die Konjunkturpakete der 10 wichtigsten Handelspartner Österreichs zurückzuführen. Dieser Impuls sichert im Jahr 2009 23.500 und im Jahr 2010 kumuliert 41.500 Personen die Beschäftigung und dämpft den Anstieg der Arbeitslosenquote im Jahr 2010 um 0,7 Prozentpunkte. Die Inflation beschleunigt sich mäßig ausgehend von sehr niedrigem Niveau.

Die große Chance in der Krise liegt darin, die ohnehin erforderlichen Maßnahmen zur Stabilisierung der Realwirtschaft für eine Tendenzwende in Richtung eines nachhaltigeren Entwicklungspfades zu nutzen. Auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte betrifft dies insbesondere Zukunftsinvestitionen in die Bereiche "grüne" Technologien, Infrastruktur, Wissenschaft – Forschung und Entwicklung – Innovation sowie Bildung. In 11 ausgewählten OECD-Ländern

beträgt der Anteil dieser Zukunftsinvestitionen an den gesamten Konjunkturpaketen 38%, in Österreich nur knapp 30%. Dabei dominieren die eher einer traditionellen Konjunkturpolitik zuzurechnenden Infrastrukturinvestitionen, die im Durchschnitt der betrachteten Ländergruppe mehr als die Hälfte, in Österreich aber 76% der Zukunftsinvestitionen erreichen. Investitionen in die Bildung haben einen durchschnittlichen Anteil von knapp einem Fünftel, in Österreich von lediglich 4% der Zukunftsausgaben. Ausgaben für grüne Technologien bzw. für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung sowie Innovation spielen mit durchschnittlich 13% bzw. 11% der Zukunftsinvestitionen eine geringe Rolle; auch in Österreich erreichen die Investitionen in grüne Technologien nur 17%, jene in Wissenschaft, F&E, Innovation 3% der Zukunftsinvestitionen.

Wien, am 28. September 2009.

Rückfragen bitte an

Univ.-Prof. Mag. Dr. Fritz Breuss, Tel. (1) 798 26 01/220, Fritz.Breuss@wifo.ac.at, Priv.-Doz. Mag. Dr. Serguei Kaniovski, Tel. (1) 798 26 01/231, Serguei.Kaniovski@wifo.ac.at oder Dr. Margit Schratzenstaller, Tel. (1) 798 26 01/204, Margit.Schratzenstaller@wifo.ac.at.

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem WIFO-Monatsbericht 9/2009 (http://www.wifo.ac.at/wwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36767&typeid=8&display_mode=2)!

Tabellen und Graphiken zu den Presseaussendungen des WIFO finden Sie jeweils auf der WIFO-Website, http://www.wifo.ac.at/wwa/jsp/index.jsp?&fid=12.